

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 45 (2018)
Heft: 4

Artikel: Zwei Volksabstimmungen im Zeichen des Geldes
Autor: Müller, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909647>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Zwei Volksabstimmungen im Zeichen des Geldes

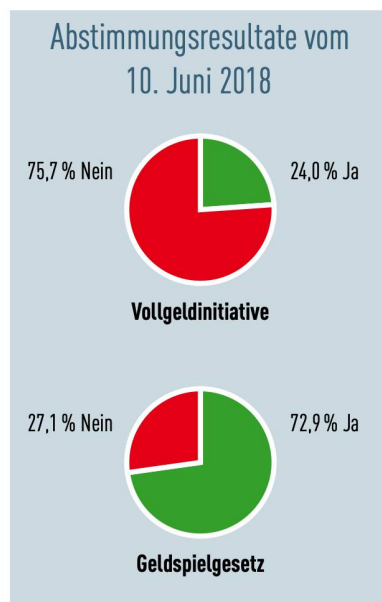
Einmal Vollgeld, einmal Geldspiele – einmal Nein, einmal Ja: Das Stimmvolk will nicht, dass allein die Nationalbank Geld schöpfen darf. Das neue Geldspielgesetz dagegen wurde angenommen.

JÜRIG MÜLLER

Die Debatten landauf, landab und in den Medien waren durchaus spannend und anregend, aber auch anspruchsvoll. Manch einer lernte besser zu verstehen, wie unser Geldsystem funktioniert. Doch die finanzwirtschaftlichen und geldpolitischen Überlegungen vermochten die Mehrheit dann doch nicht von einem Wechsel zum Vollgeldsystem zu überzeugen. Mit 75,7 Prozent Neinstimmen und von allen Ständen wurde die Vollgeld-Initiative am 10. Juni abgelehnt. Die Initianten wollten, dass die Nationalbank nicht nur Banknoten und Münzen – der kleinste Teil des Geldes – herausgeben kann, sondern sämtliche Geldmittel. Heute wird das elektronische Geld und das Buchgeld von den Geschäftsbanken per Kreditvergabe geschöpft. Dies wollten die Initianten ihnen künftig verwehren.

Sie versprachen sich vom Vollgeld ein sichereres Finanzsystem. Das Vollgeld wäre dem Kreditkreislauf entzogen worden. Die Banken hätten die Kundengelder nicht mehr in ihrer Bilanz gehabt, sondern bloss noch verwalten dürfen, es wäre also «richtiges Geld» gewesen und im Falle einer Bankenkrise nicht in die Konkursmasse gefallen. Kredite hätten nur noch mit speziell von Sparern, anderen Banken und der Nationalbank zur Verfügung gestelltem Geld vergeben werden können.

Die Gegner wiesen darauf hin, dass dies ein weltweit einzigartiges, für den Finanzplatz gefährliches Experiment mit unberechenbaren Auswirkungen wäre. Die Geldschöpfung der Banken sei bereits heute begrenzt durch verstärkte Regulierung, Eigenkapitalvorschriften und Mindest-



reserven, zudem seien Kundengelder bis 100 000 Franken geschützt. Bundesrat, Parlament, Industrie, Banken und alle grossen Parteien lehnten das Volksbegehren ab. Die Initianten, einige Ökonomen und Aktivisten, verfügten über keine prominenten Aushängeschilder und waren politisch kaum fassbar. Gewisse Sympathien für das Anliegen zeigten einige Vertreterinnen und Vertreter der Linken. Doch selbst SP-Nationalrätin und Wirtschaftspolitikerin Susanne Leutenegger Oberholzer begrüsst das Nein, die Vollgeld-Initiative sei die falsche Antwort gewesen auf ein richtiges Anliegen: Das Finanzsystem müsse noch sicherer gemacht werden.

Sperre für ausländische Online-Casinos

Eine bemerkenswerte Dynamik hat die Debatte über das neue Geldspielgesetz entwickelt. Zentraler Punkt des Gesetzes ist die Legalisierung von Online-Casinospielen – Konzessionen

erhalten jedoch nur schweizerische Anbieter, ausländische werden gesperrt. Jungparteien von links bis rechts hatten das Referendum gegen die Vorlage ergriffen – und eine intensive Grundsatzdebatte über Netzsperrern im Internet lanciert. Unterstützt wurden die Jungparteien von der FDP, den Grünen, Grünliberalen und der BDP, die ebenfalls die Neinparole beschlossen hatten.

Die Gegner des Gesetzes argumentierten damit, dass dies einer Internet-Zensur gleichkomme. Sie warnten vor der Gefahr weiterer Netzsperrern in anderen Bereichen. Damit verbaue sich die Schweiz den Weg in die digitale Zukunft. Die Befürworter versicherten, dass es sich hier um einen Spezialfall handle, ohne Präjudiz für weitere Einschränkungen im Internet. Es gehe darum, dass AHV, Kultur- und Sportvereine weiterhin von Casino-Geldspielen profitieren könnten. Bei einer Öffnung des Netzes auch für nichtschweizerische Anbieter im Internet wäre das Geld zu einem Teil ins Ausland geflossen. Diese Argumentation war für die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger offensichtlich entscheidend. Vielen ist auch in den falschen Hals geraten, dass das Referendum mit rund einer halben Million Franken von ausländischen Geldspielbetreibern unterstützt worden ist.